

II-964 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ
Zl. IV-50.004/16-2/80

1010 Wien, den 25. April 1980
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

401 IAB

1980 -04- 28

zu 392/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. BROESIGKE
und Genossen an den Bundesminister für Ge-
sundheit und Umweltschutz betreffend Reso-
lution von europäischen Tierschutzvereinen
bezüglich des Tierversuchsgesetzes

(Nr. 392/J-NR/1980)

In Beantwortung der Anfrage Nr. 392/J teile ich mit:

Im Kompetenzbereich des Bundesministeriums für Gesund-
heit und Umweltschutz sind Bewilligungen für Tierversuche
nicht vorgesehen. Dies hat aber keineswegs zur Folge, daß
das Tierversuchsgesetz in seiner Gesamtheit unanwendbar wäre.

Unrichtig ist vor allem die Feststellung im letzten Ab-
satz der in Rede stehenden Resolution, wonach auf Grund der
geltenden Rechtslage Tierversuche auch bei Vorliegen von Alter-
nativen uneingeschränkt zulässig seien.

Hiezu ist insbesondere auf § 6 Abs. 1 des Tierversuchs-
gesetzes hinzuweisen, wonach Tierversuche stets auf das uner-
läßliche Ausmaß zu beschränken sind.

In Angelegenheiten des Gesundheitswesens, des Veterinär-
wesens und des Ernährungswesens einschließlich Nahrungsmittel-
kontrolle werden an den Bundesstaatlichen Untersuchungsanstal-
ten Tierversuche nur nach bereits erprobten bzw. wissenschaft-
lich anerkannten Verfahren vorgenommen.

- 2 -

Im Rahmen der unmittelbar dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz zukommenden Aufsicht bzw. Überwachung dieser Anstalten erscheint es auch gewährleistet, daß Tierversuche nur in unbedingt notwendigem Ausmaß durchgeführt werden. Hierbei wird auf den jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Erfahrungen auch aus internationaler Sicht Bedacht genommen.

In diesem Zusammenhang muß auch der Vorwurf im vorletzten Absatz der Resolution, die betreffenden Stellen besäßen nicht die nötigen fachlichen Voraussetzungen für die von ihnen zu treffenden Entscheidungen, zumindest für den Kompetenzbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, entschieden zurückgewiesen werden.

Der Bundesminister:

